

Für und gegen Locarno.

Die Deutsche Volkspartei für Locarno.

Berlin, 22. Nov. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag im Reichstage zu einer aus allen Teilen des Reiches gut besuchten Tagung zusammen. Den Bericht über die politische Lage erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Außenpolitik, würdigte das Ergebnis des Vertragswerkes im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Lage und kam zum Schluß kurz auf die durch den Austritt der Deutschnationalen Volkspartei geschaffene innenpolitische und außenpolitische Lage zu sprechen. Seine Ausführungen wurden wiederholt von lebhaften Zustimmungshandgebungen unterbrochen. Der Belfall erneuerte sich, als der Vorsitzende der Tagung, Reichsminister v. Dr. Scholz, den Belfall dahin deutete, daß er nicht dem Redner Stresemann, sondern dem Mann der politischen Tat gegolten habe. In der Aussprache bekräftigten einmütig alle Diskussionsredner, insbesondere die Vertreter der besetzten Gebiete die Annahme des Vertragswerkes und verurteilten das Verhalten der Deutschnationalen. Zum Schluß faßte der Zentralvorstand einstimmig eine Entschlußfassung, in der es u. a. heißt: Nachdem das Werk von Locarno abgeschlossen vorliegt, erklärt die Deutsche Volkspartei, daß die in Locarno geführten Verhandlungen im wesentlichen das erreicht haben, was die Partei selbst in diesem Augenblick von diesem Werk erwarten konnte. Sie gibt auch dabei sich keinem Zweifel darüber hin, daß die Wirkung der für das Rheinland getroffenen Maßnahmen nicht abhängig ist von dem Wortlaut der verfügbaren Verordnungen, sondern von dem Geist, in dem sie ausgeführt werden. Wir hoffen auf Grund der Berichte unserer Unterhändler, die den Dingen nahestanden und sie deshalb zu beurteilen vermögen, daß unsere Vertragsgegner von dem Willen getragen sind, eine neue friedliche Entwicklung in Europa, insbesondere durch einen Geist aufrichtiger Verständigung mit Deutschland anzubahnen. Damit ist auf irgend welche längere Dauer die Befestigung deutschen Landes nicht vereinbar. Das Inkrafttreten des Vertrages ist erst der Anfang der Entwicklung, die wir davon erwarten. Auf Grund der Prüfung des Vertrages haben wir festgestellt, daß das Werk von Locarno weder deutsches Land noch deutsches Volkstum preisgibt, daß es keine nochmalige freiwillige Anerkennung des Vertrages von Versailles, insbesondere keine Anerkennung einer moralischen Schuld Deutschlands, keine Anerkennung der Grenzen im Osten und Südosten des Reiches bedeutet, daß es alle Möglichkeiten friedlicher Vervollständigung der bestehenden Verträge offenläßt, daß es uns schließlich das Selbstbestimmungsrecht darüber beläßt, ob und wie weit wir, solange der gegenwärtige Zustand des alleinigen Abdrückens Deutschlands anhält, in irgendwelche Verwicklungen des Völkerbundes eingreifen haben. Wir haben weiter festgestellt, daß eine im Völkerbundsrat vertretene Macht durchaus in der Lage ist, für das Recht unterdrückter Minderheiten praktisch einzutreten zu können. Wir erklären deshalb vor dem deutschen Volke, daß wir einmütig für das Werk von Locarno eintreten und die Fortsetzung der damit angebahnten Politik fordern. Die Politik von Locarno ist von einer bürgerlichen Regierung geführt worden. Wir haben das Zustandekommen dieser bürgerlichen Regierung aufrichtig begrüßt. Dieses Zusammenhalten des deutschen Bürgertums ist durch das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei zersprengt. In der kritischsten Stunde der deutschen Entwicklung scheute die Deutschnationalen Partei die Politik der Verantwortung. Die Deutschnationalen Partei allein trifft die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich bedingt nach Abschluß des Vertrages von Locarno, daß die Reichsregierung nur aus Persönlichkeiten und Vertretern von Parteien bestehen kann, die gewillt sind, die Außenpolitik im Geiste des Werkes von Locarno weiterzuführen.

Berlin, 23. Nov. Die „Montagspost“ erklärt in dem Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei ein Bekenntnis zur großen Koalition. Beim Zentrum, so schreibt das Blatt weiter, hat sich aus den Kasseler Verhandlungen ebenfalls das Einverständnis mit der großen Koalition ergeben und auf dem Parteitag der Hamburger Demokraten hat am gestrigen Sonntag der demokratische Führer Hermann Fischer sich gleichfalls zur großen Koalition bekannt. Schwierigkeiten liegen nur noch bei den Sozialdemokraten, aber nachdem die Partei sich für die Annahme des Locarnogebotes trotz deutschnationaler Ablehnung bekannt hat, ist auf eine Verständigung auch über die große Koalition mit den Sozialdemokraten für die nächsten Tage zu rechnen.

300 Männer der Wirtschaft für Locarno.

Berlin, 21. Nov. Zum Vertrag von Locarno haben zahlreiche führende Männer, besonders aus der Wirtschaft, auf eine aus ihren Kreisen gegebene Anregung hin sich auf die folgende Erklärung vereinigt: Die Unterzeichneten, die in verschiedenen parteipolitischen Lagern und zum großen Teil außerhalb jeder parteipolitischen Tätigkeit stehen, halten es für ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, zu erklären, daß sie die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno als notwendig erachten. Gewiß stehen dem ernste Hemmnisse in der Auffassung vieler guten Deutschen entgegen, aber diese Hemmnisse müssen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt verlangen zu ihrem Wiederaufbau eine ruhige und stetige Entwicklung. Wir sehen, wenn die Vereinbarungen von Locarno abgelehnt werden, keinen geeigneten Weg, um eine solche Entwicklung anzubahnen. Wir vertrauen, daß eine geschlossene nationale Einheit unter starker Führung auf dem Wege weiterer Vereinbarungen unseren Ansehens schenken wird.

Die Erklärung trägt etwa 300 Unterschriften, unter ihnen befinden sich Reichsminister a. D. Albert Berlin, Geh. Kommerzienrat Arnold Dresden, Geheimrat Dr. Aufhäuser-Hamburg, G. D. Behrens-Hamburg, Freiherr v. Berenberg-Göhrle-Hamburg, Geheimrat Dr. Bosh-Ludwigshafen, Dr. Robert Bosh-Stuttgart, Geheimrat Regierungsrat Prof. Dr. Paulberg-Lebertusen, Geheimrat Dr. Walter Frick-Berlin, Karl Fürstberg-Berlin, Kommerzienrat Dr. Georgi-Stuttgart, Artur v. Gwinner-Berlin, Präsident Geh. Kommerzienrat Louis Hagen-Röhl, Prof. Dr. v. Harnack-Berlin, H. v. Holtendorff-Hamburg, Ten Hompel, Adv., Münster, Geheimrat Oberregierungsrat a. D. Dr. Huber-Berlin, Otto Reimann, Adv., Berlin, Geh. Kommerzienrat Dr. Adolph-Duisburg, Konsul Dr. Rosenburg, Frankfurt a. M., Präsident Karl Lubert, M. d. R. und des Wirtschaftsrates, Berlin, Kommerzienrat Dr. Adl-Berlin, Geheimrat Prof. Dr. Meisner-Berlin, Dr. Karl Weichlor-Hamburg, Präsident Franz v. Wendelssohn-Berlin, Karl Michaelow-Berlin, Kommerzienrat Dr. Paul Willington-Herrmann-Berlin, Geheimrat Prof. Dr. Kern-Berlin, Geheimrat von Obel-Rüffelsheim, Alfred O'Swald-Hamburg, Geheimrat Prof. Dr. Planck-Berlin, Kommerzienrat G. R. Pöschgen-Düsseldorf, Geheimrat Kommerzienrat Pichor-München, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Rabene-Berlin, Geheimrat Justizrat Prof. Dr. Rieber-Berlin, Kommerzienrat Hermann Röhling-Böblingen, Staatssekretär G. E. Dr. v. Sanfson-Berlin, Dr. Sorge-Berlin, Dr. Emil Georg v. Stauff-Berlin, Geh. Kommerzienrat Steinthal-Berlin, Oberbergat v. Belsen-Derne, Prof. Dr. Wiedenfeld-Weipzig, Franz Heinrich Wittigshof-Hamburg.

Die deutsche Industriellenvereinigung gegen Locarno.

Die deutsche Industriellen-Vereinigung erklärt, dem „Lokalanzeiger“ zufolge, eine Kundgebung, in der sie an ihre Eingabe an den Reichspräsidenten erinnert, daß sie mit aller Entschiedenheit den Pakt von Locarno ablehne und nochmals öffentlich erklärt, daß der Pakt von Locarno nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich eine Gefährdung bedeute, der den Wiederaufbau der deutschen Nationalwirtschaft verhindere.

Empörung über Ludendorff.

Der Angriff Ludendorffs gegen Hindenburg hat wegen seiner maßlosen Unbeherrschtheit, wie aus deutschnationalen Kreisen verlautet, überaus verstimmend gewirkt. Besonders in Ostpreußen soll der Eindruck von Ludendorffs Kundgebung in den deutschnationalen Wählerkreisen einen verheerenden Eindruck gemacht haben. Gegenüber der vornehmen Zurückhaltung des über den Parteistreit erhabenen Hindenburg wirkt das „phrasenreiche Schimpfen“, wie ein staatskonservativer ehemaliger Offizier berichtet, zumal es aus dem Munde des früheren Mitarbeiters und Kameraden des Generalfeldmarschalls kommt, wie ein hysterisches Schreien.

In der „Täglichen Rundschau“ finden wir folgende Ausführungen:

„Man möchte am liebsten über dieses bedauerliche Dokument hochgradigen Mangel an politischem Verständnis und Takt bei einem um das Vaterland so hoch verdienten Manne wie Ludendorff schweigen. Leider ist das angesichts dieser Veröffentlichung unmöglich. Aber wir möchten mit den eigenen Worten des Generalfeldmarschalls kämpfen: Es kämpft sich unser deutsches Herz zusammen, wenn wir sehen, wie Ludendorff seinen eigenen Ruhm opfert.“

Durch seine Unbeherrschtheit zerfällt er selbst seinen Vorbertrags Blatt für Blati. So weit durfte er unter keinen Umständen gehen. Hindenburg eine Gefahr für den nationalen Willen! Ist der Mann, der dem deutschen Volke einen Willen suggerieren möchte, den es doch unmöglich durchsetzen kann, nicht eine viel größere Gefahr?

Ein Gutes hat diese traurige Kundgebung: Insofern fälscher Auffassungen über die Art des Zusammenwirkens der beiden Männer im Kriege haben viele im deutschen Volke oft gemeint, daß Ludendorff der größere Anteil an dem Verdienst der Durchführung gebühre. Jetzt wird man vielleicht begreifen, wie turmhoch an Charakter, Einsicht und Verantwortungsgefühl Hindenburg über Ludendorff steht.“

Konkurs der Agawerke.

Berlin, 22. Nov. Das Schicksal der bekannten Agawerke, die sich im Besitze des Sohnes von Hugo Stinnes, Dr. Edmund Stinnes befinden, und das seit der Aktienschenkung des Dr. Edmund Stinnes an die Arbeiterchaft des Betriebes mit ganz besonderem öffentlichen Interesse verfolgt wird, ist gestern entschieden worden. Ende August wurde, um den Zusammenbruch zu vermeiden, die Geschäftsaufsicht beantragt. In einer Gläubigerversammlung ist nunmehr beschlossen worden, daß den Konkurs anzumelden. Die Lage hatte sich als unhaltbar erwiesen, weil auf der einen Seite der Absatz stöcke und die Eingänge gering waren, während auf der anderen Seite die Schulden, auch Steuerzuschüsse, sowie die laufenden Lieferverträge unverändert blieben. Aufsichtsrat und Vorstand kamen nach eingehender Prüfung zu der Auffassung, den Konkurs nicht vermeiden zu können. Die Aufsichtspersonen sahen in diesem Beschluß, dessen sachliche Berechtigung sie anerkannten, den Fortfall der Voraussetzungen der Geschäftsaufsicht und vertraten den Standpunkt, daß die allgemeinen Gläubigerinteressen nunmehr die sofortige Konkursöffnung erforderten. Der Gläubigerbeirat beschloß, in Würdigung der Stellungnahme des Aufsichtsrates, Vorstandes und der Aufsichtspersonen, den verantwortlichen Organen der Gesellschaft die letzte Entscheidung zu überlassen, baten aber die Aufsichtspersonen, eine Versammlung der Gläubiger für den kommenden Freitag einzuberufen, um über die Entscheidung innerhalb des Freitag-

aufsicht berichten und die Gründe der Konkursöffnung darlegen zu können. Es wurde sodann in absichtlicher Uebereinstimmung in Aussicht genommen, den Betrieb auch nach der Konkursöffnung aufrecht zu erhalten, die in den nächsten Tagen stattfindende Berliner Automobil-Ausstellung zu beschiden und sodann nach Möglichkeit den Betrieb geschlossen zu verkaufen. Die Gläubigerversammlung legte weiter dem Konkursverwalter die schärfste Wahrnehmung aller Rechte an die Urheber des Zusammenbruchs ans Herz.

Königin-Mutter Alexandra †.

Der Tod der Königin-Mutter von England ist am Freitag abend eingetreten.

Die fast 81jährige Witwe Edwards VII. gehörte, wie ihr Gatte, zu den beliebtesten Persönlichkeiten im öffentlichen Leben Englands. Eine disziplinierte, unaufdringliche große Lady, hat sie in der Öffentlichkeit und am Familienherd eine schwierige Aufgabe gelöst.

Königin Alexandra, die Tochter des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, späteren Königs Christian des Neunten von Dänemark, hat dem englischen Volke zum erstenmal wieder in gutem Sinne des Wortes den Begriff Landesmutter nahegebracht. Königin Victoria hatte sich nach dem Tode ihres Gatten 1861 völlig von allen repräsentativen Veranstaltungen zurückgezogen. Die junge Alexandra hat 88 Jahre als Prinzessin von Wales und später neun Jahre als Königin vor allem in der Wohltätigkeit, im Bildungsleben und in der Kunstpflege diejenige fördernde Rolle übernommen, die auf dem Kontinent von der regierenden Fürstin gespielt zu werden pflegt. Sie hat diese Aufgabe in der glücklichen Art und Weise gelöst die so wesentlich zu ihrer persönlichen Beliebtheit beigetragen hat.

König Eduard VII. sagte einmal von seiner Frau, sie verbringe mehr Stunden am Schreibtisch als er. „Ich habe am Einfache, die ich meinen Ministern zur Ausführung weitergebe. Meine Frau hat nicht nur viele gute Einfälle in ihrem Tätigkeitsbereich, sondern auch Lust und Liebe, ihre Vermittlung selbst durchzuführen und ständig zu überwachen.“ Königin Alexandra war zwar eine unpolitische Natur, aber trotzdem keine unpolitische Figur in der englischen Geschichte. Eduard VII., der als Prinz durch die harte Erziehung seines deutschen Vaters von vornherein gegen alles Deutsche und vor allem gegen alles Preussische voreingenommen war, wurde durch seine Frau in seiner Einstellung bekehrt.

London, 21. November. Ueber die Beisetzungsfeierlichkeiten für die Königin-Witwe Alexandra verläutet, daß die Leiche zuerst nach dem Buckingham-Palast übergeführt werden soll. Alsdann wird sie in der Westminster-Vierte aufgebahrt und dort in einem feierlichen Beisetzungszuge nach der Georgskapelle des Schlosses von Windsor geschafft werden.

Die Posttrauer wird wahrscheinlich drei Monate dauern und sich voraussichtlich auch auf die meisten öffentlichen gesellschaftlichen Veranstaltungen, wie Wohltätigkeitsabende usw. beziehen. Im Gegensatz zu früheren Hofgepflogenheiten werden die Damen der Hofgesellschaft nicht schwere Krepp- sondern leichtere schwarze Stoffe tragen.

Ein Nachruf Macdonalds.

Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, überschreibt einen herzlichen Nachruf mit den Worten: „Die Frau mit dem guten Herzen.“

Macdonald veröffentlicht im „Daily Herald“ folgenden Nachruf auf die Königinwitwe: „Das ganze Land wird den Tod der Königinwitwe betrauern. Sie war so lange unter uns und war so mit unserem nationalen Leben verwichen, daß jeder Haushalt des Landes zu ihr irgendwie in Beziehung stand, nicht zum mindesten durch die vielen guten Werke, die sie vermittelt hat, und durch den hohen menschlichen Appell, den ihr Leben an unser Land richtete. Sie ist in unendlich herzlichem Sinne in Beziehungen getreten zu unserem Volk.“

Die russische Schwester.

Besonders tragisch berührt es, daß die alte Lieblingschwester der Königinmutter, die Exarin Maria von Rußland, zuerst in einem Schloß bei Kopenhagen schwer krank darniederliegt und dauernd verlangt, man möge die verstorbenen Königinmutter von England nach Dänemark bringen, damit sie sie vor ihrem Tode noch einmal sehen könne.

Einkürzung der Locarno-Feste.

Die „Times“ melden, daß die Änderungen im Programm der Festlichkeiten, die aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno vorgesehen seien, bis jetzt noch nicht festgesetzt seien. Fast jede Zeitung gibt eine andere Version über die Festlichkeiten, die stattfinden und diejenigen, die ausfallen werden. Bestimmt ausfallen wird das Staatsbankett im Buckinghampalast.

Zuspitzung der Lage in Syrien.

Paris, 22. Nov. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht heute abend einen Artikel über den Zustand in Syrien, der, wie das Blatt betont, von einer aller die Vorgänge besonders unterrichteten Persönlichkeit stammt. Es heißt darin, es sei unrichtig, daß die Lage in Syrien sich bessere. Sie wird vielmehr von Tag zu Tag schlimmer, und nehme an Ausdehnung zu. Der Plan für die Bevölke wird in einer Weise durchgeführt, die den revolutionären Generalkommando Ehre macht. Die Regierung der Bevölkerung anlässlich der Reise Lord Dalsours nach Damaskus hätte doch eine Warnung sein müssen.

Ein französischer Bericht vom 21. November aus Damaskus besagt: Eine 500 Mann starke französische Abteilung hatte in der Nähe von Wleha, östlich von Damaskus, einen Zusammenstoß mit einer von Hassan Charrat geführten Eingeborenenarmee. Die Stärke der Eingeborenen betrug 700 Mann. Im Laufe des Gefechtes wurde Hassan Charrat verwundet; von seinen Anhängern wurden dreißig getötet und vierzig verwundet. Die französischen Verluste sind unbedeutend. In Damaskus herrscht Ruhe. Aus Beirut wird berichtet, daß eine sechzig Mann starke französische Aufklärungsabteilung nördlich von Dschaba überfallen wurde, wobei nur fünfzehn Mann mit dem Leben davonkamen. Ueber das Schicksal der französischen Offiziere, der die Abteilung führte, wegen eines Konfliktens ago.